

Briands erneute Friedenshoffnung.

14. November 1927

Der französische Außenminister hielt gestern auf einem Bankett der Republikanischen Parteien eines Wahlbezirkes in Nantes eine Rede. Zu Beginn seiner Ausführungen wies Briand auf seine Bemühungen für den Frieden während seiner kurzen Regierungszeit im Jahre 1921 hin. Bereits damals habe er die ersten Versuche gemacht, der Welt einen dauerhaften Frieden zu sichern. Die damalige Geistesströmung sei aber für den Frieden noch nicht genügend vorbereitet gewesen. Als ihm die Leitung des Auswärtigen Amtes erneut übertragen worden sei, habe er seine Bemühungen fortgesetzt. Man könne von seiner Politik sagen was man wolle, sicher sei jedenfalls, daß sie dem noch sehr unruhigen Europa den Frieden erhalten habe. Man müsse sich fragen, ob, wenn der Völkerbund nicht bestehen würde, und an Stelle der von ihm, Briand, gesicherten Friedenspolitik eine andere Politik befolgt worden wäre, nicht gewisse Ereignisse die Völker bereits erneut in einen blutigen Zusammenstoß geworfen hätten.

Er habe, so fuhr Briand fort, alle Vorsichtsmaßnahmen für seine Politik ergriffen. Wenn man alle seit zwei bis drei Jahren abgeschlossenen Verträge prüfe, so werde man sehen, daß die Sicherheitsgarantien solide seien. Es bedeute einen großen Unterschied, Garantien im Geiste des Friedens oder in der Voraussetzung eines unvermeidlichen Krieges zu schaffen, in welchem Falle die Garantien gebrechlich sein müßten. Jahrhunderte hindurch habe das deutsche und das französische Volk einander bekämpft und Blätter der Weltgeschichte mit Blut getränkt. Hätte man diesen Weg fortführen wollen?

Sucht juristische Lösungen! Vermeidet den Krieg unter zivilisierten Völkern!

Wenn Differenzen zwischen zwei Nationen gerichtlich geregelt werden können, warum soll dies nicht unter Nationen möglich sein? Er habe daher Deutschland eingeladen, in den Völkerbund einzutreten und es im Namen des Völkerbundes begrüßt. Er habe nichts gegen Männer wie Luther und Stresemann zu sagen, mit denen er den Pakt von Locarno geschlossen habe. Natürlich hat diese die Liebe zu ihrem Vaterlande befeuert und sie verteidigen dessen Interessen mit großem Eifer und Hartnäckigkeit. Das wäre aber nur selbstverständlich und war vorauszu sehen. Sie müßten, wenn sie als die Vertreter der besiegten Nation von Frieden sprechen, einen besonderen Mut gegenüber ihrem Lande aufbringen und er, Briand, sei dieser Geste des Mutes gegenüber auch nicht unempfindlich geblieben. Briand erinnert an dieser Stelle an seine Rede, mit der er Deutschlands Eintritt in den Völkerbund be-

grüßt habe. Er glaube nun das Recht zu haben, zu sagen, daß es nunmehr mit dem Kriege aus sei. Er hätte auch von Mißtrauen und von hochtönenden Worten sprechen können, aber er habe es vorgezogen, zum Herzen des deutschen Volkes zu sprechen. Er habe schließlich Deutschland eingeladen, im Gedanken der gegenseitigen Loyalität für den Frieden zusammen zu arbeiten. Die friedlichen Abmachungen müßten durch wirtschaftliche Abmachungen ergänzt werden. Es war keine leichte Aufgabe, doch schließlich gelang es, einen Handelsvertrag zu unterzeichnen, der anderen Nationen zum Vorbild dienen möge. Auf den

französisch-jugoslawischen Vertrag

übergehend betonte Briand dessen friedlichen Charakter. Auf seinen Eintritt in die Regierung der nationalen Einigkeit zu sprechen kommend, bemerkte Briand, daß er stolz sei, einer der eifrigsten Anhänger dieser Politik gewesen zu sein. Er glaube nicht, daß er durch eine loyalistische selbst freundschaftliche Zusammenarbeit mit Poincaré das ihm bewiesene Vertrauen vermindert hätte.

Der Widerhall in Frankreich.

14. November 1927

Die geistige Rede Briands in Nantes hat in der gesamten französischen Presse eine gute Aufnahme gefunden. Für die Rechte macht Briand seine Ausführungen über die Zusammenarbeit mit Deutschland durch seine Worte über die Notwendigkeit der Erhaltung der Regierung der nationalen Einigkeit schmerzhaft. „Der große Staatsmann von Genf und Locarno wurde von schier endlosem Beifall begrüßt“ schreibt das „Petit Journal“, „als er an das Friedenswort erinnert, mit dem sein Name verbunden ist“. Der „Matin“ legt auf die Äußerungen Briands über die Regierung der nationalen Einigkeit den Hauptwert. — Petit Parisien meint, daß Briand seiner Friedenspolitik und der Politik der Regierung der nationalen Einigkeit durch seine Wähler Beifall klatschen ließ. — Das „Echo de Paris“, das die Rede Briands ungekürzt bringt, spricht von einer neuen Apologie des Friedens. — Der „Gaulois“ bezweifelt die Aufrichtigkeit des deutschen Friedenswillens und spricht von geheimen Rüstungen Deutschlands, von Revanchegedanken, den das Reich unter seiner Jugend verbreite und von den Absichten, die Revision der bestehenden Verträge herbeizuführen. Die Linkspresse hebt als den besten Gedanken Briands die Verneinung des Krieges hervor, von dem Frankreich, selbst wenn es neuerdings Sieger bleiben sollte, keinerlei Vorteile zu erwarten hätte.

Zum französisch-jugoslawischen Freundschaftspakt.

14. November 1927

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mißt den Athener Kommentaren zu dem französisch-jugoslawischen Vertrag besondere Bedeutung bei. Die Erneuerung der Allianz Griechenlands mit Jugoslawien werde nach dem Abschluß des französisch-jugoslawischen Vertrags verzögert, wenn nicht überhaupt aufgehoben werden. Die Anhänger einer Revision der Friedensverträge in Deutschland, Ungarn und der Tschechoslowakei erblickten in dem Vertrag eine Ernüchterung ihrer Ziele. In linksgerichteten Kreisen Deutschlands werde die Klausel, die sich gegen den Anschluß Österreichs richtet, geflissentlich übersehen, während die deutschen Nationalisten die entgegengesetzte Haltung einnahmen. Der Abschluß des Vertrags scheine die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien erheblich zu beeinträchtigen, da die letzten Besprechungen zwischen Mussolini und dem jugoslawischen Gesandten in Rom ergebnislos geblieben seien.

An leitender Stelle weist der Daily Telegraph darauf hin, daß Italien durch den Vertrag zweifellos ermüdet werde, durch Abkommen mit Staaten, die noch nicht in das französische Allianzsystem einbezogen seien, seinen eigenen Einfluß zu stärken.

Das Ergebnis der Danziger Volksstagswahlen.

14. November 1927

Die Wahlen für den Danziger Volksstags haben folgendes vorläufige Gesamtergebnis: Allg. Rentnerp. 573 St., keinen Sitz; Arbeitnehmergruppe 68 St., keinen Sitz; Bürgerliche Arbeitsgemeinsch. 4227 St., 2 Sitze; Danziger Hausbes. 1390 St., 1 Sitz; Danziger Wirtsch. Blok 583 St., keinen Sitz; Deutsche Danziger Volksp. 8008 St., (1923: 7406) 5 (6) Sitze; Deutsche Liberale Partei 6200 St., 4 Sitze; Deutsche Mittelsch. u. Arbeiterp. 1005 St., keinen Sitz; Deutsch. Volksp. 35 816 St., (1923: 44 495) 25 (33) Sitze; Deutschnazionale P. 2116 St., (1923: 10 301) 1 (7) Sitz; Berufstätiger 1873 St., 1 Sitz; Kommunistische Partei 11 635 St., (1923: 14 982) 8 (11) Sitze; Mieter u. Gläubiger 3767 St., (1686) 3 (1) Sitz; Nationalliberale Bürgerpartei 8329 St., (11 009) 5 (8) Sitze; Vereinigte Liste der Nationalsoz. Arbeiterpartei und der Aufwertungs- und Volksrechtspartei 1483 St., 1 Sitz; Polnische Liste 5665 St., (7216) 3 (5) Sitze; Sozialdemokraten 61 677 St., (39 755) 42 (30) Sitze; Wirtsch. Liste 2236 St., 1 Sitz; Zentrum 26 090 St., (21 140) 18 (15) Sitze.

Die liberale „Danziger Zeitung“ schreibt zu dem Wahlergebnis: Das erfreulichste an der Wahl ist trotz der geschlossenen polnischen Front und trotz der erhöhten polnischen Propaganda eine weitere Abnahme der polnischen Stimmen. Das Ergebnis rede eine deutliche Sprache der Wählerschaft gegen unberechtigte polnische Ansprüche. Das symptomatische ist das starke Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und gleichzeitig ein gewaltiger Stimmenverlust der Deutschnationalen. Das Volkstum der Wählerschaft sollte aber auch dem Senat zu denken geben, ob seine Methode zu regieren in allen Fällen die richtige war.

Um den Bau des Nildammes.

Deutschland soll seine Hand im Spiele haben.

14. November 1927

Die Meldung über das angebliche Angebot einer deutschen Firma für den Bau eines Nildammes am Tsana-See benutzte der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph zu einer Stimmungsmache gegen Deutschland. Das deutsche Interesse in Äbessinien und Ägypten sei sicherlich sehr beträchtlich, in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, aus wirtschaftlichen Gründen. Die deutsche Diplomatie sei über die Vorgänge in Ägypten und Äbessinien sehr gut informiert. Berlin habe im vergangenen Jahre von den englisch-italienischen Verhandlungen über die Aufteilung der beiderseitigen Wirtschaftssphären eher Kenntnis gehabt als Paris. In Paris habe man damals sogar keine Informationen in erster Linie aus Berlin bezogen.

Die an den Haaren herbeigezogene Hezke des Daily Telegraph gegen Deutschland ist zu durchsichtig, als daß sie ernst genommen werden könnte. Abgesehen davon, daß von einem deutschen Bau-Angebot gar nichts bekannt ist, läßt das Blatt durchblicken, daß Deutschland politische Interessen in Äbessinien und Ägypten verfolge. Bei den Ausführungen des Daily Telegraph handelt es sich um nichts anderes als um ein Mandat, das von den scharfen englisch-amerikanischen Interessengruppen in Äbessinien ablenken soll.

Starke Schneefälle

Sind seit Sonnabend in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz und im Erzgebirge zu verzeichnen. In Sebnitz und Lautenthal waren am Sonntagabend 5 Grad Kälte. Die Schneedecke betrug bereits 5 bis 10 Zentimeter. Die Sportler, die die Gegend des Fichtelberges auszuwählen hatten, dürften schon einigermassen auf ihre Kosten gekommen sein.

Im Elstertal besteht wieder Hochwassergefahr. Durch die starken Niederschläge der letzten Tage ist die Elster wieder beträchtlich gestiegen. Die Elsterregulierung bei Plauen hat bereits schwere Beschädigungen erlitten.

Dagegen zeigte sich in allen Teilen des Riesengebirges, nachdem am Sonnabend bei etwa 7 Grad Kälte härterer Schneefall eingeleitet hatte, regsamster Sportbetrieb.

Durch den seit Sonnabend in West- und Ostoberschlesien niedergehenden außerordentlich starken Schneefall ist der größte Teil der Fernsprechleitungen nach den ostoberschlesischen Industriestädten Kattowitz, Königshütte, Myslowitz und Lublitz unterbrochen worden.

Auch in Süddeutschland hat Schneefall eingelegt. Es schneit besonders auf den Höhen des Schwarzwaldes, wo die Schneedecke bereits eine Stärke von 10 Zentimeter erreicht hat. Auch in den Tälern hat es leicht geschneit. Die Temperaturen liegen hier um den Gefrierpunkt herum. Eine Hochwassergefahr durch die starken Regenfälle der jüngsten Zeit ist infolge Einlebens der Kälte und der Schneefälle nicht mehr zu erwarten.

Ganz Nord-Island ist von einem orkanartigen Sturm, verbunden mit starkem Schneefall, heimgesucht worden. Der Schnee liegt stellenweise auf den Wegen einen Meter hoch. Der Exportdampfer „Diana“ ist an der Mündung des Limfjord im Schneegestöber auf Grund gelaufen.

Das zwischen Prag und Warschau verkehrende Postflugzeug mußte, da starkes Schneetreiben die Orientierung unmöglich machte, bei Niederfalsbrunn auf freiem Felde eine Notlandung vornehmen. Der Anprall auf den Boden war so stark, daß der Propeller abbrach, der hintere Teil der Maschine, die sich überschlug, vollkommen zerstört und das Fahrgerüst abgerissen wurde. Der Pilot erlitt Verletzungen im Gesicht.

Allerlei Wahlen.

14. November 1927

Landtagswahlen in Hessen.

In Hessen fanden gestern die Landtagswahlen statt. Sie zeigten folgendes amtliche Ergebnis: Sozialdemokraten 157 289 (220 108), Zentrum 85 448 (100 384), Demokraten 37 750 (53 301), Landbund 61 087 (82 742), Deutschnationale 24 013 (43 717), Kommunisten 41 160 (33 689), Deutsche Volkspartei 51 638 (73 930), Volksrechtspartei 24 166 (0), Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 82 531, die Wahlbeteiligung 50 bis 52 Prozent. Die Wahlen zum Hessischen Landtag verliefen äußerst ruhig. Im Straßenverkehr merkte man kaum etwas davon. Lediglich die Kommunisten veranstalteten Demonstrationen.

Bremer Bürgerstabschaftswahlen.

Vorläufiges Gesamtergebnis der bremschen Bürgerstabschaftswahlen: Es wurden für die einzelnen Parteien folgende Stimmen abgegeben: Stadtgebiet Bremen: Sozialdemokraten 70 201 (58 815); Bürgerliche Einheitsliste (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Böhmische) 38 540 (51 615); Demokraten 17 291 (18 779); Kommunisten 17 779 (14 426); Haus- und Grundbesitzer 15 344 (12 560); Zentrum 4039 (3612); Heim und Scholle 1884 (1997); Volksrechtspartei 1062; Bremen-Landgebiet: Sozialdemokraten 3702; Einheitsliste 2688 (2318); Demokraten 1063 (1168); Komm. 279 (403); Begehd. Einheitsliste 1545 (1411); Soz. 1009 (899); Kommunisten 128 (161); Bremerhaven: Soz. 4866 (4626); Einheitsliste 4950 (5151); Demokraten und Zentrum 1932 (1579); Kommunisten 1076 (999). Nach dem amtlichen Wahlergebnis setzt sich die neue Bremische Bürgerstabschaft folgendermaßen zusammen: Sozialdemokraten 41 Sitze (37), Einheitsliste 29 Sitze (33), Demokraten 10 Sitze (12), Kommunisten 10 Sitze (9), Haus- und Grundbesitzer 9 Sitze (8), Zentrum 2 Sitze (2), Heim und Scholle 1 Sitz (1), Volksrechtspartei 0 Sitze (0).

Gemeindewahlen in Rostock und Warnemünde.

Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft 7245 = 13 Sitze (1924: 10 985 = 20), Soz. 15 124 = 26 (10 338 = 19), Gruppe für Volkswohlfahrt 2869 = 5 (4863 = 8), 431 Sitze 1426 = 2 (3471 = 6), Kommunisten 2108 = 3 (2906 = 5), Demokraten 1081 = 1 (1413 = 2), Wirtschaftsgemeinschaft des deutschen Mittelstandes 3304 = 5 (= 00), Haus- und Grundbesitzer 2999 = 5 (= 00). Warnemünde: Wirtschaftliche Einheitsliste 1388 (1924: 1072), Soz. 1034 (882), Beamteneinheitsliste 584 (571). Die Sitze werden sich voraussichtlich wie folgt verteilen: Wirtschaftliche Einheitsliste 3 (3), Soz. 2 (2), Beamteneinheitsliste 1 (1).

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung in Berlin

Unter starker Beteiligung wurde gestern in Berlin zur Angestelltenversicherung gewählt. Gegenüber 1922, wo nur 53 000 Stimmen abgegeben wurden, zählte man 138 985. Diese ganz unerwartet starke Wahlbeteiligung hat vielfach zu großen technischen Schwierigkeiten geführt. U. a. stellte sich vielfach heraus, daß die bis 3 Uhr befristete Wahlzeit nicht ausreichte oder die Wahlumschlüsse nicht zureichten, so daß viele Wähler unter Protest die Wahlstelle verließen, da sie unangefertigt blieben. Die Auszählung der 13 Wahlkreise verteilten Stimmen findet erst in den nächsten Tagen statt. Wie in Berlin, war auch im übrigen Reich die Wahlbeteiligung über alle Erwartungen stark. Am Mittwoch lagen zu den Wahlen zum Hauptauschuß für soziale Versicherung die Ergebnisse aus 121 von insgesamt 400 Bezirken vor. Danach sind 318 Vertrauensmänner und 587 Ersatzmänner gewählt worden, die sich auf die einzelnen Listen wie folgt verteilen: Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 171 Vertrauensmänner und 293 Ersatzmänner, Gewerkschaft der USA 39 Vertrauensmänner und 113 Ersatzmänner, Wilde 6 Vertrauensmänner und 19 Ersatzmänner. Die vorstehenden Ergebnisse stammen sämtlich aus Mittelstädten von 50 000 bis 80 000 Einwohnern. In den Großstädten wird das Wahlergebnis erst am Montag früh ausgezählt.

